

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 11

Artikel: Deutsche Nationalprobleme
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338280>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ob sich Pilet-Golaz wirklich in diesem Sinn geäußert hat, könnte man nur durch die Gegenüberstellung seiner eigenen Aufzeichnungen über die Unterredung mit der von Köcher feststellen. Die Aufgabe wäre also gewesen, die betreffenden Dokumente aus Schweizer Archiven vollinhaltlich zu veröffentlichen – eine Aufgabe, die wesentlich von der abweicht, die man Professor Bonjour gestellt hat, dessen grosse und in vielen Richtungen vorbildliche Leistung deswegen natürlich nicht geringer eingeschätzt werden soll.

Rolf Reventlow

Deutsche Nationalprobleme

Die genaue Definition des nationalen Lebensbereichs und der staatlichen Abgrenzung Deutschlands ist seit dem Zerfall des absolutistisch verwalteten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation umstritten geblieben. Das deutsche Nationalbewusstsein entwickelte sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zuerst als demokratische, im Gegensatz zur Macht der kleinen und grossen Fürsten stehende Bewegung und orientierte sich – Elsass-Lothringen und die deutsche Schweiz bildeten auf Grund ihrer eigenen staatlichen Entwicklung oder Zugehörigkeit eine Ausnahme – am Sprachbereich. Diese Strömung stand allerdings im Widerspruch zur Tatsache, dass dieser Sprachbereich in Österreich wie im östlichen Preussen schwer abgrenzbar war und die Deutschen in gemischt-sprachigen Gebieten und ganz allgemein in der Staatsverwaltung als die bestimmende Herrennation auftraten. Vom Standpunkt einer sozialistisch-theoretischen Ergründung der nationalen Probleme beschäftigten sich nur die Sozialdemokraten der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mit solchen und damit auch mit der Frage der deutschen Nation¹. Nach dem Zerfall dieses Staatsgebildes zu Ende des Ersten Weltkrieges ergaben sich starke emotionelle nationalpolitische Ressentiments durch die Einbeziehung der «Sudetendeutschen» in die auf den historischen Raum Böhmen und Mähren bezogene Tschechoslowakische Republik und die Weigerung der Siegermächte, dem deutschsprachigen Rest-Österreich den Anschluss an

¹ Eine grundlegende theoretische Abhandlung der Nationalitätenfrage war: Otto Bauer, «Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie», Wien 1907. Karl Renner veröffentlichte zum gleichen Thema, mehr auf die Praxis des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn bezogen, schon 1902 unter dem Pseudonym: «Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat».

Deutschland zu gestatten. Bis zum Machtantritt Hitlers hatte die österreichische Sozialdemokratie den Anschluss an Deutschland im Programm. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in dem wieder von dem «Grossdeutschen Reich» Hitlers losgelösten Österreich eine Art österreichische Staatsräson. Ob sie als Entstehung eines neuen klein-österreichischen Nationalbewusstseins gewertet werden kann, ist nicht unumstritten.

Völlig anders verlief die Entwicklung im Deutschen Reich, in das bei der Reichsgründung 1871 das schwere Erbe der mehr oder minder polnisch besiedelten Gebiete des alten Preussen eingebracht wurde. Im Gegensatz zu Österreich-Ungarn, dessen multinationale Struktur unübersehbar war, figurierte das Bismarcksche Reich als deutscher Nationalstaat. Das Vorhandensein nationaler Minderheiten war denjenigen Bewohnern des Reiches kaum geläufig, die nicht selbst in den betreffenden Gegenden wohnten. Allenfalls wussten aktive Gewerkschafter etwas von der Existenz der katholisch inspirierten Polnischen Berufsvereinigung, der gewerkschaftlichen Organisation eingewanderter polnischer Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In reiner deutscher Umgebung germanisierten diese polnischen Gastarbeiter im Laufe der Generationen. Anders jedoch stellte sich das Problem der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen, national und sozial, in gewissen Gegenden des preussischen Ostens dar. Die Aufteilung des alten Polen, das als Adelsrepublik mit Wahlkönigen im 18. Jahrhundert noch keineswegs ein Nationalstaat im modernen Sinne gewesen war, begann bekanntlich vor der Französischen Revolution in den Jahren 1772 und 1773. Aber der für die deutsche Politik des 19. und dann des 20. Jahrhunderts – bis zu Hitlers Machtantritt – massgebende Abschnitt der deutschen Polenpolitik begann mit dem im Verfolg des Wiener Kongresses zwischen dem russischen Zaren und dem preussischen König abgeschlossenen Teilungsvertrag vom 3. Mai 1815², an der Schwelle jener europäischen Geschichtsepoche, die durch die Bildung der Nationalstaaten gekennzeichnet wurde. Man war sich darüber im klaren, dass es nicht mehr bloss fürstlicher Gebietshandel war, der da verbrieft wurde, sondern eine nationale Einheit³ auf verschiedene Hoheitsgebiete aufgeteilt wurde und mithin nationale Probleme vorhanden waren. Es wurde bestimmt, den

² Eine sehr übersichtliche Darstellung polnischer Geschichte und der deutschen Politik bis nach dem Zweiten Weltkrieg gibt Martin Broszat in seinem Buch: «200 Jahre deutsche Polenpolitik», 1963 im Münchner Ehrenwirt-Verlag erschienen. Der gleiche Autor behandelte in seinem Werk «Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 bis 1945» das schauerliche Kapitel der fünften Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin sowie deutscher Terrorherrschaft im besetzten Polen (Fischer-Bücherei 1965).

³ Otto Bauer nannte die Nation eine «Gemeinschaft der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen». Eine solche Charaktergemeinschaft kann auch mehrsprachig entstehen, wie das Beispiel der Schweiz beweist. Doch im Falle Polen waren Sprache, geistige Tradition und religiöse Bindung die entscheidenden Elemente der nationalen Schicksalsgemeinschaft.

Polen würden als Untertanen (. . .) Institutionen, welche die russische und die preussische Regierung für nützlich und angebracht hielten, gewährt. In damaligen Massstäben gemessen, wurde somit das polnische Volk in dem jeweiligen – absolutistischen – Machtbereich des Zaren und des preussischen Königs als Nation begriffen. Das russische Kongresspolen wurde ein mit der russischen Krone verbundenes Königreich mit eigener Verwaltung und nicht viel anders das «Grossherzogtum Posen» als besonderer Bestandteil der preussischen Monarchie behandelt. Ja, der preussische König kündete diesen neuen Untertanen seiner Krone feierlich an: «Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen . . .», und auch: «Eure Sprache wird neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden . . .»

Dabei aber blieb es nicht. Die preussischen Polen bildeten nur eine kleine Minderheit in dem sich in deutschen Landen im Laufe des Jahrhunderts vergrößernden Preussen. Zugleich mit der sozialen Umschichtung innerhalb der polnischen Volksgruppe vom Adel auf das bäuerliche Element und die «kleinen Leute» in den Städten formierte sich ein aggressives «Eindeutschungstreben», je nach Landschaft und Struktur in anderer Weise, aber mehr und mehr in unmissverständlichem «Drang nach Osten», der sich vor allem in der Provinz Posen durch die amtliche Förderung deutschen Grundbesitzerwerbs und die Unterdrückung der polnischen Sprache ausdrückte. Als Preussen nach der Bismarckschen Reichsgründung zur Vormacht in dem bunten Reigen der deutschen Staaten aufrückte, nahm seine Politik mehr und mehr deutsch-nationalen Charakter an. Teile der kleinbäuerlichen oder proletarischen Bevölkerung abseits der spezifischen Einflussphären des polnisch-preussischen Adels gerieten in weitem Umfang sprachlich durch das ausgedehnte preussische Volksschulwesen in den Bannkreis des deutschen Kulturkreises. Die deutsch-nationalen Strömungen zogen daraus falsche Schlüsse. So wie die französischen Kolonisatoren im nordafrikanischen Maghreb einst glaubten, die Verbreitung der französischen Sprache und Erziehung würde die Berber und Araber zu «guten Franzosen» machen, so meinte man in Preussen, aus den kaschubisch sprechenden Menschen in Pomerellen oder den «wasserpolnisch» redenden Oberschlesiern «gute Deutsche» zu machen. Zu Ende des Ersten Weltkrieges wurde somit die polnische Nationalrevolution weder geschichtlich noch gar nationalpolitisch richtig verstanden. Die junge deutsche Republik reagierte konservativ. Man versuchte allgemein, jedwede territoriale Forderung von polnischer Seite als ungerechte polnische Anmassung abzutun. Als die Grenzen feststanden, war die Grenzrevision unter dem Schlagwort der «blutenden Grenze» das Thema des Tages in den östlichen preussischen Provinzen, in den Erörterungen des politischen Alltags stets mit dem abwertenden Begriff der «polnischen Wirtschaft» begründet. Zur Bekämpfung der polnisch-oberschlesischen Aufständischen der zwanziger Jahre bot man Freikorps auf, deren Führung als ausgesprochen republik-

feindlich anzusehen waren. Aus ihnen entstand teilweise die «schwarze Reichswehr» im polnisch-deutschen Grenzgebiet und später die nationalsozialistische Bürgerkriegsgarde der SA. Der polnische Chauvinismus gab allerdings der deutsch-nationalen Politik während der Weimarer Republik nichts nach.

Aus diesem geschichtlichen Hintergrund erwuchs die Hitlersche Polenpolitik der Unterdrückung und Ausrottung nach dem September 1939 und vor allem während des Zweiten Weltkriegs. Stalins Politik bestand darin, zuerst mit Hitler Polen erneut aufzuteilen. Dann aber, als Hitler den famosen Freundschaftspakt mit Sowjetrußland durch einen kriegerischen Angriff beendete, nach dem militärischen Sieg bei den Westalliierten jene neuen Grenzen durchzusetzen, um die es in erster Linie bei den Verhandlungen der Regierung Brandt mit der Sowjetunion ging. Stalins Konzept war einfach, aber wirksam: Der nördliche Teil des einstigen Ostpreußen wurde von der Sowjetunion annektiert, die preussisch-deutschen Provinzen bis zum Lauf der Flüsse Oder und Neisse dem neugeschaffenen Polen zugesprochen, das dafür seine – nicht rein polnischen – Ostgebiete an die Sowjetunion abzugeben hatte. Die Deutschen wurden, soweit sie nicht während des Vorrückens der Sowjetarmee geflohen waren, ausgesiedelt. Mit den Aussiedlungen der Deutschen aus Böhmen, Mähren und der Slowakei erreichte diese deutsche Völkerwanderung mehr als zehn Millionen. Kein Wunder also, dass zahlreiche Organisationen der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik zum Bannerträger eines wohl als ewig gedachten Vorbehalts gegen die Anerkennung der Grenzziehung wurden, die sich aus der totalen Niederlage von 1945 ergeben hatte. Und hierum ging es nun in der Bundesrepublik im August 1970. Die Vorbehalte gegenüber dieser Grenzziehung, und damit der nationalen Abgrenzung zwischen Polen und Deutschen (und auch zwischen Tschechen und Deutschen) war nach dem Kriege verständlicherweise lange Jahre mehr oder minder in allen politischen Lagern der 1949 geschaffenen Bundesrepublik ein Blümlein-rührmich-nicht-an. Noch auf dem Parteitag der SPD von 1964 konnte man eine riesige Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 sehen. Eine Aufschrift «Erbe und Auftrag»⁴ konnte sehr wohl in dem Sinne verstanden werden, dass mit dem «Auftrag» die Wiedergewinnung verlorener Gebiete gemeint war. In dieser Frage war somit der Gegensatz von CDU/CSU und SPD kein grundsätzlicher, sondern drückte sich in Nuancen und in der Tatsache aus, dass die SPD schneller und offener zu der Erkenntnis gelangte, die durch den Krieg geschaffenen Tatsachen müssten zur Kenntnis genommen und eine neue Ostpolitik auf dieser Grundlage begonnen

⁴ Während in Europa durchweg in Eisenbahnen die Übersichtskarten des eigenen Netzes oder allenfalls im gleichen Lande vorhandene anderer Bahnverwaltungen (etwa der Rhätischen Bahn) zu sehen sind, zeigen die Deutschen Bundesbahnen eine Karte von 1937, auf der bei den einst deutschen Ostprovinzen vermerkt ist: «Unter fremder Verwaltung».

werden. Nur so könne eine Entspannung zwischen Ost und West im mittel- und osteuropäischen Raum geschaffen werden. Mit anderen Worten, die SPD entschloss sich, die Tabus der Worte «Heimatrecht» (der Vertriebenen aus den Ostprovinzen, aus Böhmen und Mähren) und «Selbstbestimmungsrecht» im Sinne einer Entscheidung der Einwohner der DDR für dieses oder jenes Deutschland abzubauen. Nur ein Vorbehalt gegenüber dem ostdeutschen Staat blieb bestehen, nämlich der, die Deutschen hüben und drüben der Stacheldrahtgrenze nach wie vor als eine Nation im Sinne der Bauerschen Definition anzusehen.

Die Tabus gegenüber dem nichtdeutschen Osten fielen, als auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im März 1968 der Vorsitzende Willy Brandt erstmals feststellte, dass eine bundesdeutsche Friedenspolitik im Osten nur möglich sei, wenn man die bestehenden Grenzen in Europa und damit die polnische Westgrenze respektiere und anerkenne. Dies beschloss dann der Parteitag, auf die Gefahr einiger Auseinandersetzungen mit unverbesserlich Unentwegten hin. Später setzte die von der SPD geführte Bundesregierung diese Neuorientierung in den sowjetisch-deutschen Gewaltverzichtsvertrag um. Überschrift und Thema dieses Abkommens ist in erster Linie der Gewaltverzicht. Sinn und Bedeutung aber besteht vor allem in dem bundesdeutschen Verzicht, die Ergebnisse des Krieges⁵ offen oder verklausuliert in Frage zu stellen. Und damit ist, noch vor der Ratifizierung des Moskauer und vor Abschluss eines analogen Abkommens mit Polen, ein geschichtlicher Schlussstrich unter das düstere Kapitel eines zweihundertjährigen nationalpolitischen Machtkampfes zwischen Polen und Deutschen gesetzt worden. Die freiwillige Anerkennung des Bestandes des polnischen Staates – unabhängig von Ideologie und Struktur der Staatsmacht – bedeutet in Polen die Auflösung jenes politisch-psychologischen Traumas im polnischen Volk, das diese zwei Jahrhunderte seiner Geschichte, aber nicht zuletzt die auf Vernichtung gezielte NS-Besatzungspolitik, bewirkt hatten. Dieser Entschluss stellt daher eine entscheidende Komponente echter Friedenspolitik dar.

⁵ Ob die Stalinsche Eroberungspolitik nach Westen, die — nach der Teilung von 1939 — den neuen polnischen Staat in seinen gegenwärtigen Grenzen schuf, als Modellfall einer «sozialistisch» zu wertenden Aussenpolitik angesehen werden kann, das allerdings ist eine ganz andere Frage.